

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Zusammenfassung	1
Teil 1 Einführung	2
A. Das (vorsorgende) Lebensmittelrecht in der modernen Risikogesellschaft	2
B. Ungereimtheiten im europäischen Lebensmittelsicherheits- recht	7
C. Gefahr und Risiko nach deutschem Rechtsverständnis – Hilfe oder Hindernis?	15
I. Der unterschiedliche zeitliche und situative Anknüp- fungspunkt	18
II. Der unterschiedliche Wahrscheinlichkeitsmaßstab	21
1. Abgrenzung nach Schadenswahrscheinlichkeit (sog. Dreistufenmodell)	23
2. Abgrenzung nach Schadensmöglichkeit (sog. Zwei- stufenmodell)	24
III. Die unterschiedliche Handhabung und ihre Rechtsfolgen	25
IV. Schlussfolgerungen	28
D. Erkenntnisinteresse und Gang der Untersuchung	30
I. Erkenntnisinteresse	30
II. Gang der Untersuchung	33
Teil 2 Der Risikobegriff und die Risikobewertung in der BasisVO	34
A. Der Risikobegriff in der BasisVO – eine Bestimmung von Tatbestand und Inhalt	36
I. Das geschützte Rechtsgut: Gesundheit	37
1. Der Vergleich mit dem Schutzgut aus Art. 3 Nr. 24 KontrollVO	38
2. Die Reichweite des Schutzgutes aus Art. 3 Nr. 9 BasisVO	40
II. Die materielle Komponente: Gesundheitsbeeinträchtigung	42
III. Der Ausgangspunkt einer Gesundheitsbeeinträchtigung: Gefahr	46
1. Der Vergleich mit dem Gefahrenbegriff aus Art. 3 Nr. 24 KontrollVO	49

VII

Inhalt

2. Die Art des Agens und seine Auswirkungen	50
IV. Das prognostische (oder diagnostische) Element: Wahrscheinlichkeit	51
1. Die prognostische und diagnostische Grundlage des Wahrscheinlichkeitsurteils.....	52
2. Die (fehlende) Erheblichkeitsschwelle der Wahr- scheinlichkeit.....	54
V. Die verknüpfende Komponente: Funktion.....	56
VI. Schlussfolgerungen	58
 B. Die Risikobewertung nach der BasisVO – die Bestimmung des Risikos	59
I. Die institutionelle Unabhängigkeit der Risikobewertung	61
II. Die vier Einzelschritte der Risikobewertung.....	63
1. Die Gefahrenidentifizierung	63
2. Die Gefahrenbeschreibung	64
3. Die Expositionsabschätzung.....	65
4. Die Risikobeschreibung	66
5. Die (teilweise) Entbehrlichkeit der Risikobewertung .	67
III. Die Risikokommunikation als faktischer Vorgang innerhalb der Risikobewertung	68
IV. Die Einordnung der Risikobewertung in die Risiko- analyse und Schlussfolgerung.....	71
 C. Schlussfolgerungen	72
 Teil 3 Das Risikomanagement und die (Rechts-)Folgen der Risikobewertung	75
A. Die Akzeptabilität des Risikos – die Bestimmung der materiellen Eingriffsschwelle.....	77
I. Die Berücksichtigung der sog. anderen Faktoren.....	78
1. Die Art und die Berücksichtigungsfähigkeit der sog. anderen Faktoren.....	79
2. Die Gewichtung der sog. anderen Faktoren	83
II. Die Berücksichtigung der Ergebnisse der Risiko- bewertung	85
1. Die grundrechtliche Dimension aus Sicht der Verbraucherschaft	89
2. Die grundrechtliche Dimension aus Sicht der Lebens- mittelwirtschaft	93
3. Der grundrechtliche Maßstab zur Berücksichtigung der Risikobewertung und der daraus folgende Konkretisierungsbedarf	97

III.	Die Relevanz der sog. anderen Faktoren für die Bestim- mung der Akzeptabilität	101
IV.	Schlussfolgerungen und weitere Gedanken	103
B.	Die Instrumentarien und strategischen Alternativen des Risikomanagements in unterschiedlichen Situationen und Kontexten	106
I.	Die Konsultation mit den Beteiligten zur Abwägung der strategischen Alternativen	107
II.	Die Pflichten von Lebens- und Futtermittelunternehmer als Ausprägung des Risikomanagements	111
	1. Der Pflichtenkreis der Lebens- und Futtermittel- unternehmer.....	111
	a. Der Verantwortungsumfang: Kettenverantwortung versus differenzierte Stufenverantwortung	113
	b. Die Abgrenzung der Pflichtenkreise aus Art. 17 Abs. 1 und Abs. 2 BasisVO	116
	2. Die Verpflichtung zu Rücknahme und Rückruf nach Art. 19 BasisVO	118
	a. Die Reaktionsstufen und der (Norm-)Adressaten- kreis des Art. 19 BasisVO.....	120
	b. Die materielle Komponente des Art. 19 BasisVO und ihre tatbestandlichen Ungeklärtheiten	122
	c. Das epistemische und prognostische Element des Art. 19 BasisVO	123
	3. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	124
III.	Die Tätigkeiten und Befugnisse der Lebensmittel- überwachungsbehörden als Bausteine des Risiko- managements	126
	1. Die allgemeinen behördlichen Kontroll- und Über- wachungsbefugnisse	128
	2. Die (klassischen) verwaltungsrechtlichen Durch- setzungsmaßnahmen.....	129
	a. Die Fallgruppen verwaltungsrechtlicher Durch- setzungsmaßnahmen	130
	b. Die Konkretisierungsleistung der verwaltungs- rechtlichen Instrumente.....	133
	3. Die behördliche Informationstätigkeit.....	135
	a. Die behördliche Information der Öffentlichkeit nach Art. 10 BasisVO	136
	b. Der behördliche Informationsaustausch im Rahmen des Europäischen Schnellwarnsystems (RASFF)	143

Inhalt

4. Die Sofortmaßnahmen gemäß Art. 53 f. BasisVO	148
5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	150
IV. Die Einbeziehung in und die Relevanz des Risikobegriffes auf ausgewählte lebensmittelrechtliche Rechtssetzungen der Union	153
1. Der Blick auf zulassungspflichtige Lebensmittel und Verfahren	154
a. Neuartige Lebensmittel und genetisch veränderte Lebensmittel	155
b. Zusatzstoffe und Enzyme	157
2. Der Blick auf besondere produktbezogene Regelungen und mikrobiologische Kriterien	159
a. Nahrungsergänzungsmittel und angereicherte Lebensmittel	159
b. Höchstmengen und mikrobiologische Kriterien ...	161
3. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	163
C. Schlussfolgerungen	165
Teil 4 Die Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit und das Binnenverhältnis des Art. 14 BasisVO.....	171
A. Die Struktur und Reichweite des Art. 14 BasisVO – allgemeine Vorklärungen	173
I. Der Anwendungsbereich und die Zielsetzung des Art. 14 BasisVO	174
II. Der Adressatenkreis und die Verantwortungsverteilung des Art. 14 BasisVO	176
III. Die Beweislastverteilung und die Vermutungsregeln des Art. 14 BasisVO.....	177
IV. Der einheitliche Begriff der „Nicht-Sicherheit“ von Lebensmitteln und der unterschiedliche Bewertungsmaßstab	179
V. Die korrekten Beurteilungskriterien des Art. 14 Abs. 3 BasisVO	180
VI. Die besondere Befugnis für beschränkende Maßnahmen nach Art. 14 Abs. 8 BasisVO.	183
B. Das Merkmal der Gesundheitsschädlichkeit nach Art. 14 Abs. 2 lit. a BasisVO	184
I. Die materiellen Kriterien zur Beurteilung der Gesundheitsschädlichkeit.	188
II. Das epistemisch-prognostische Element zur Beurteilung der Gesundheitsschädlichkeit.	191

III.	Die (vermeintlich fehlende) verknüpfende Komponente und die Erheblichkeitsschwelle der Gesundheitsschädlichkeit	194
IV.	Schlussfolgerungen	196
C.	Das Merkmal der Verzehrsungeeignetheit nach Art. 14 Abs. 2 lit. b BasisVO	199
I.	Die Inhaltsbestimmung der Tatbestandsvarianten des Art. 14 Abs. 5 BasisVO	199
II.	Die Reichweite der Verzehrsungeeignetheit und deren extensive Handhabung	203
1.	Die Einbeziehung der normalen stofflichen Zusammensetzung von Lebensmitteln	204
2.	Die Einbeziehung sog. Ekelfälle	206
III.	Schlussfolgerungen	207
D.	Schlussfolgerungen	209
Teil 5 Der rechtliche Umgang mit Vorsorgefällen gemäß Art. 7 BasisVO – materielle Anforderungen sowie Auswirkungen auf behördliche und unternehmerische Entscheidungen und Maßnahmen		212
A.	Der Vorsorgeanlass nach Art. 7 BasisVO – Konturierung der Voraussetzungen	213
I.	Die wissenschaftliche Unsicherheit als Ergebnis der Risikobewertung	214
II.	Die Möglichkeit gesundheitsschädlicher Auswirkungen	215
B.	Die (Rechts-)Folgen des Vorsorgeanlasses – Grenzen und Ausgestaltung	217
I.	Die besonderen Anforderungen an vorläufige Risikomanagementmaßnahmen	218
II.	Die Relevanz auch anderer berücksichtigenswerter Faktoren	222
III.	Die Arten vorsorgender Maßnahmen und das legislative Tätigwerden als politische Entscheidung	223
IV.	Die behördlichen Befugnisse und lebensmittelunternehmerischen Pflichten in Vorsorgefällen	226
1.	Die behördlichen Befugnisgrundlagen und Befugnisse in Vorsorgefällen	228
2.	Die lebensmittelunternehmerischen Handlungspflichten in Vorsorgefällen	231
C.	Schlussfolgerungen	233

Inhalt

Teil 6 Zusammenfassung der Ergebnisse – Thesen	236
Literaturverzeichnis	239